

Rede (Protokoll)
von Bernd Westphal, MdB
am 27.03.2013
im Deutschen Bundestag

**TOP 25) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nationales
Reformprogramm 2015 – Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ernst
nehmen und Investitionen stärken
Drucksache 18/4464**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

es liegt ein sehr umfangreicher Antrag der Grünen vor. Sie haben sich viel Mühe damit gemacht und viele wichtige Punkte beschrieben. Im Grundsatz geht es um die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der EU. Das Europäische Semester beinhaltet Instrumente der Wirtschafts-, der Finanz- und der Beschäftigungspolitik. Im Vordergrund steht das Erreichen der Europa 2020-Ziele. Mit dieser Strategie soll Wachstum und Beschäftigung gefördert werden. Die Ziele lassen sich durch die Berichte in Zahlen ausdrücken und bewerten. Wir können also sehr genau sagen, in welchen Bereichen Fortschritte zu verzeichnen sind. Aber auch den Nachholbedarf erkennen. Wir haben eine gute Basis für unsere politischen Entscheidungen. Neben dem Nationalen Reformprogramm aus dem Europäischen Semester haben aber auch die Maastricht-Kriterien und die Indikatoren zur Nachhaltigkeit in der Europäischen Union weiterhin Relevanz.

Im Hinblick auf die Europa 2020-Ziele kann Deutschland laut Nationalem Reformprogramm 2015 Erfolge verzeichnen. Dies gilt für eine bessere Erwerbstätigenquote, die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und eine höhere Quote beim Hochschul- oder vergleichbarem Bildungsabschluss. Deutschland nimmt seine Verpflichtungen ernst und kann Erfolge erkennbar nachweisen. Natürlich helfen auch Wechselkurs und billiges Öl. Der Exportüberschuss wird oft unberechtigt kritisiert. Von deutschen Exporten außerhalb Europas profitieren auch die Mitgliedstaaten der EU, weil sie zuliefern. Die Bundesregierung hat also die Weichen richtig gestellt.

Einige Aspekte werden im Antrag der Grünen genannt. Eine ganze Reihe sind allerdings bereits umgesetzt, wie z.B. der Mindestlohn oder die Rente mit 63. Die Forderung nach mehr Transparenz und Debatte in Ausschüssen des Parlaments sind überlegenswert, aber auch schon teilweise Realität. Interessant ist der Vorschlag, dass ein Vertreter der EU-Kommission im Ausschuss berichten soll. Allerdings sollten wir nicht so tun, als wenn noch nie ein EU-Kommissar im Ausschuss berichtet hätte.

Auch national gibt es noch einiges zu tun. Zum Beispiel die Nettoinvestitionsquote, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bessere Rahmenbedingungen für die Bildung und Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsaspekte bei Investitionsentscheidungen. Wir brauchen ein investitionsfreundliches Umfeld zum Ausbau einer modernen Infrastruktur, wie zum Beispiel Breitbandausbau. Auch Investitionen in die Energiewende oder Energieeffizienz sind notwendig. Dazu gehört auch eine verlässliche Ausstattung mit Kapital.

Die Expertenkommission im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel wird zur Umgehung der öffentlichen und privaten Investitionsschwäche geeignete Vorschläge unterbreiten. Darüber hinaus setzt die Bundesregierung wichtige Impulse, um öffentliche Investitionsausgaben zu erhöhen. Unter anderem werden bis 2017 zusätzlich fünf Milliarden Euro für Verkehrsinfrastruktur, neun Milliarden Euro für Bildung und Forschung, davon drei Milliarden Forschung und Entwicklung, sechs Milliarden zur Entlastung von Ländern und Gemeinden und von 2016 – 2018 erneut zusätzliche Mittel in Höhe von zehn Milliarden Euro für öffentliche Investitionen bereitgestellt. Die Bundesregierung stärkt damit die Investitionsspielräume der Länder und Gemeinden. Der Juncker Plan soll Investitionen von 315 Mrd. Euro auf den Weg bringen.

Die Billigung des Investitionspaketes ist durch die EU bereits bis Anfang März erfolgt. Dies zeigt den festen Willen, die Zukunft Europas gestalten zu wollen. Nicht nur Haushaltskonsolidierung, sondern Investitionen in die Zukunft.

Deutschland braucht ein starkes Europa. Die ökonomische Stärke muss auch zu sozialen und ökologischen Fortschritt führen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen weiterhin bestehen bleibt. Denn auch für die gesamte europäische Wirtschaft sind unsere Unternehmen eine wichtige Stütze.

Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.